

## 8. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz im April 2020 – ein Bericht

Die reguläre Sitzung des ALUK am 29.4.2020 fand diesmal im Plenarsaal des Landtages statt – nur so konnten alle Abgeordneten, Mitarbeiter\*innen, Ministeriumsvertreter\*innen und Anzuhörende Platz finden, ohne die persönlichen Abstandsregelungen zu verletzen. Zehn Tagesordnungspunkte wurden in knapp sechs Stunden behandelt. Hier kann nur auf ausgewählte Themen näher eingegangen werden.

**Düngeverordnung:** Ein ausführliches Fachgespräch zur Umsetzung der neuen Düngeverordnung fand auf Antrag der Koalitionsfraktionen statt – offenbar sollte hier Handlungsbereitschaft signalisiert werden, nachdem die Kenia-Koalition wegen ihrer Zustimmung zu der umstrittenen Verordnung im Bundesrat in die Kritik geraten war. Da es um die Umsetzung ging, waren Landwirte und Agrarwissenschaftler eingeladen, die Umweltseite fehlte. Dementsprechend gab es weitreichende Kritik an den neuen Regelungen. Die Landwirte stellten dar, welche Herausforderungen auf sie zukommen, schilderten Probleme eine bedarfsgerechte Düngung aufrecht zu erhalten und sagten Ertragseinbußen und Mehraufwand voraus. Sie befürchteten eine verringerte Sortenvielfalt, negative Einflüsse auf das Bodenleben und einen weiteren Abbau der Tierhaltung. Die Agrarwissenschaftler stellten klar, dass eine landwirtschaftliche Verursachung von Nitratbelastungen im Grundwasser nicht zu leugnen ist und dass es Änderungsbedarf in der Bewirtschaftung gibt. Aber auch sie sahen viele Aspekte der Düngeverordnung kritisch, zumal sich die Probleme regional sehr unterschiedlich darstellen und nicht von allen Maßnahmen unmittelbar positive Auswirkungen auf die Grundwasserqualität zu erwarten sind.

Im Fachgespräch wurde großer Bedarf deutlich, auf nochmalige Veränderungen der Düngeverordnung hinzuwirken. Das ist verständlich und ein Dialog unter Einbeziehung der Umweltseite zu Sinn und Änderungsmöglichkeiten bei einzelnen Regelungen ist anzustreben. Aber die Düngeverordnung ist jetzt beschlossen und sie muss umgesetzt werden. Kernpunkte dabei sind eine intensive Beratung der Landwirtschaftsbetriebe und attraktive und unbürokratische Fördermöglichkeiten beispielsweise für Lagerkapazitäten und neue Technik. Dazu muss der begonnene Dialog zwischen Berufsstand und MLUK fortgeführt werden.

**Beitragsbemessungsverordnung:** Die Verordnung regelt, wie die Kosten der Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung auf die Flächen unterschiedlichen Nutzungstyps aufgeteilt werden sollen. Sie sieht landesweit den Faktor 0,5 für Wald, 1,0 für Landwirtschaft und 2,0 für Siedlungs- und Verkehrsflächen vor. Damit bleibt sie hinter den Forderungen zurück, die von den Landnutzerverbänden aufgestellt worden waren. Der ländliche Raum wird dadurch stärker mit den Beiträgen belastet. Um regionale Unterschiede in den Flächenanteilen ausgleichen zu können hat DIE LINKE beantragt, den Wasser- und Bodenverbänden Spielräume bei der Ausgestaltung der Faktoren zu eröffnen. Das haben die Koalitionsfraktionen abgelehnt. Damit vergibt die Kenia-Koalition die Chance, zu einer gerechten und besser akzeptierten Kostenverteilung zu kommen (vgl. [Pressemitteilung](#)).

**Evaluierung Landesforstbetrieb:** Die Ausschreibung für die Evaluierung ist veröffentlicht, im Juli soll die Beauftragung erfolgen und im Dezember der Bericht fertig sein. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse der vom MLUK geplanten Waldkonferenz mit einzubeziehen. Das ist aber schwierig, weil die Waldkonferenz von Mai auf Ende Oktober verschoben werden musste. DIE LINKE hat vorgeschlagen, nach der Vorlage des vorgesehenen Zwischenberichts die Interessenverbände zu beteiligen. Das will sich Minister Vogel noch überlegen, hat aber immerhin zugesagt, dann den Agrar- und Umweltausschuss zu informieren.

**Biberverordnung:** Das MLUK stellte die neue Biberverordnung vor, die nicht zuletzt wegen unzureichender Beteiligung der Verbände im Vorfeld von vielen Seiten heftig kritisiert wurde. Auf Nachfrage der LINKEN stellte sich heraus, dass eine gründliche Evaluierung der Vorgängerverordnung nicht stattgefunden hatte. Von den vor einigen Jahren eingerichteten beiden Stellen für Biberbeauftragte, denen bei Beratung und Prävention eine besondere Rolle zukommt, ist nur noch eine übriggeblieben.

**Niedrigwasserkonzeption:** Angesichts der vergangenen Trockenjahre und des sich erneut abzeichnenden Niederschlagsdefizit hat das MLUK angekündigt, eine Niedrigwasserkonzeption für Brandenburg vorzulegen. Das wurde in der Sitzung allgemein begrüßt, doch wurde darauf hingewiesen, dass neben der Wasserführung der Oberflächengewässer auch das Grundwasser stärker in den Fokus genommen werden muss, zumal sich hier zukünftig verschärfte Nutzungskonflikte andeuten. Das in Vorbereitung befindliche Konzept beschränkt sich auf die Oberflächengewässer, doch wurde vom MLUK zugesagt, in einem nächsten Schritt auch das Grundwasser einzubeziehen.

Die Dramatik der aktuellen Situation wurde auch durch die Mitteilung des MLUK deutlich, dass von den 20 Millionen m<sup>3</sup> Wasser, die Brandenburg eigentlich aus den sächsischen Wasserspeichern zur Verfügung gestellt bekommen sollte, tatsächlich in diesem Jahr voraussichtlich nur sieben Millionen m<sup>3</sup> geliefert werden können.

**Genehmigungsverfahren Tesla:** Der angekündigte überarbeitete Genehmigungsantrag, der unter anderem eine geringere Wasserinanspruchnahme beinhalten soll, lag zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht vor. Obwohl ein großräumiges hydrologisches Gutachten erst noch erarbeitet wird bleibt das MLUK bei seiner Aussage, dass die Wasserentnahme kein entscheidendes Problem für die Genehmigung sei. Wenn der neue Antrag vorliegt soll entschieden werden, ob eine erneute öffentliche Auslegung der Unterlagen erfolgt und in welcher Form der ausgefallene Erörterungstermin nachgeholt werden soll. Ein geplantes neues Bundesgesetz wird voraussichtlich neue Möglichkeiten der online-Öffentlichkeitsbeteiligung eröffnen.

**Dialogprozess Insektenschutz:** DIE LINKE fragte nach dem Stand des mit den Volksinitiativen verabredeten Dialogprozesses, da die Landtagsgremien bisher nicht damit befasst waren, obwohl der Landtag die Federführung des Verfahrens haben soll. Der Ausschussvorsitzende Roick kündigte eine Vorlage für das Landtagspräsidium an, in dem die Regularien festgelegt werden sollen. Das Diskussionsgremium soll etwa wie ein Unterausschuss arbeiten und wird von der Landtagsverwaltung unterstützt. Die externe Moderation ist ausgeschrieben.

Thomas Domres, agrar- und umweltpolitischer Sprecher